

# Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Kölner

Mai 1984 16

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Wer abonniert zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 381 86/507 G.Siber/Wandzeitung  
Herausgeber: SSK e.V.  
Verlag: Kölner Stadtforum e.V.  
Druck: Betrieb, Merkenicher Str.99

Verantwortlich:  
Petra Offergeld  
Kathi Kaেকে

Offener Brief an den Häusermakler Engelbert Schumacher, die Hausbesitzerinnen Frau Werber und Frau Paust und die Stadt Köln

## Lügen und Gewalt gegen die Mieter



Diese Häuser, Subbelratherstraße 394, 396 und 398, sollen abgerissen werden

In den Häusern wohnen noch zwei türkische und eine griechische Familie. Die Mieten sind bezahlbar – im Unterschied zu den neugebauten und luxusmodernisierten Wohnungen, die überall in Ehrenfeld entstehen. Rauschmiß mit erlogenem Vorwand: Im März 1984 erhielten die Bewohner von den Besitzerinnen Frau Werber (394/6) und Frau Paust (398) die Kündigung zum 30. Juni:

‘... wie Ihnen möglicherweise aus der Lokalpresse bekannt ist, hat die Stadt Köln nunmehr den Ausbau der Venloer Straße für die Untergrundbahn beschlossen. Im Rahmen dieser Baumaßnahmen werden die derzeit noch auf der Venloer Straße verkehrenden Straßenbahnen über die Subbelrather Straße umgeleitet. Dies bedeutet, daß die Subbelrather Straße im Bereich des von Ihnen bewohnten Hauses verbreitert werden und demzufolge das von Ihnen bewohnte Haus abgerissen werden muß  
Aus diesem Grund sehe ich mich zu meinem größten Bedauern gezwungen, ...blabla’

Das ist eine glatte Lüge!  
Es stimmt, daß die Stadt Köln die Subbelrather Straße gerne verbreitern würde. Aber nach Auskunft des zuständigen Herrn vom Straßenbauamt muß die Stadt jetzt aus Kostengründen darauf verzichten. Im Planfestsetzungsverfahren ist keine Verbreiterung mehr vorgesehen.

Frühestens 1993 ist mit einer Verbreiterung zu rechnen!  
Aber die Mieter sollen schon jetzt raus, damit hier profitbringend gebaut werden kann: drei – bis viergeschossig, Eigentumswohnungen und Geschäftsräume. Mit welchen Tricks und Lügen die Mieter auf die Straße gesetzt werden sollen, erfahren Sie bei dem Immobilienhändler Engelbert Schumacher, Euskirchen (02251/55880)

Das insgesamt etwa 1.000 qm große Grundstück will er für 470.000 DM verscherbeln. Über die Menschen, die hier noch wohnen, setzt er sich dabei brutal und gesetzeswidrig hinweg. Die gesetzliche Kündigungsfrist wird im Schreiben nicht eingehalten, Ersatzwohnraum erst recht nicht angeboten. Noch gibt es keine Abrißgenehmigung für die Häuser. Aber Kaufinteressenten macht der Makler das Grundstück damit schmackhaft, daß die Abrißgenehmigung problemlos zu erhalten sei. Die wird die Stadt Köln auch erteilen, wobei sie sich auf einen Fluchtlinienplan aus dem Jahre 1901 berufen kann, der heute noch gültig ist. Aufgrund dieses preußischen Gesetzes sollen in den nächsten zehn Jahren die übrigen Häuser an der Subbelrather Straße abgerissen werden.

Mieter wehrt Euch!

Stoppt den Abriß der Häuser 394, 396 und 398!

Mieterberatung Ehrenfeld, jeden Dienstag im KALZ Philipstr. 23, 20.00 Uhr V.i.S.d.P Rolf Grandt, Liebigstr. 25, 5 Köln 30

## WAS WIR FÜR SIE TUN KÖNNEN:

WIR transportieren Ihre Möbel  
WIR lösen Ihre Wohnung auf  
WIR entrümpeln Ihren Keller, Dachboden, Lagerraum etc.  
WIR liefern Ihnen Briketts in den Keller  
WIR helfen Ihnen Ihren Garten auf Vordermann zu bringen  
WIR putzen Ihre Wohnung, Fenster oder das Treppenhaus  
WIR hängen Ihre Gardinen auf  
WIR hacken Holz für Sie  
WIR waschen und polieren Ihr Auto

Wir, das sind ungefähr hundert Menschen aller Altersgruppen, aus allen Klassen und Schichten des Volkes die zusammen leben, arbeiten und kämpfen. Viele von uns haben in Obdachlosenasylen, Heimen, Irrenanstalten und anderen Abschiebeeinrichtungen am eigenen Leibe erfahren was Unterdrückung, Armut, Not und Elend bedeutet. Sie waren hilflos und rechtlos der Willkür von Beamten, Chefs, Ärzten oder Vormündern ausgeliefert.

Nun versuchen wir gemeinsam ein selbstbestimmtes Leben zu leben, das sich an den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit orientiert. Wir verdienen unseren Lebensunterhalt und das Geld, was wir bei politischen Aktionen für Flugblätter und Plakate brauchen, in unseren eigenen Firmen. Wir nehmen keinerlei Unterstützung, weder von einem Amt noch von einer Partei, sondern leben von unserer eigenen Hände Arbeit.

In unserer Gemeinschaft findet jeder eine Aufgabe, auch wenn er draußen bereits als zu alt, zu schwach, zu blöd oder zu krank abgestempelt war. Täglich werden alle Arbeiten auf einer Arbeitsversammlung neu verteilt, damit jeder mal die Drecksarbeit tun muß, und jeder mal Verantwortung trägt. Gemeinsam entscheiden wir alle wichtigen Fragen nach Mehrheitsbeschluß.

Außerdem haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, allen, die betrogen, ausgebeutet, verfolgt oder abgeschoben werden bei Behörden oder vor Gericht zu unterstützen. Wir kämpfen überall gegen Unrecht und Unterdrückung, gegen Klüngel, Schiebung und Geldverschwendung der Mächtigen auf Kosten der einfachen Leute. Wir prangern seit Jahren die üblen Mißstände in Irrenhäusern und Heimen an. Wir haben viele gute alte Häuser in Köln vor dem Bagger gerettet, damit billiger Wohnraum erhalten bleibt. Wir bekämpfen den unerhörten Plan, in Köln ein Museum für 1 Milliarde Mark zu bauen.

Wir tun das für eine bessere Zukunft, damit wir demnächst alle einmal wirklich die Unterdrücker, Ausbeuter und Bevormunder abschütteln können.

Das alles können wir aber nur solange, wie wir unsere finanzielle Unabhängigkeit bewahren.



SSK - Köln 1  
Saliering 37, Tel. 213175  
SSK - Ehrenfeld  
Liebigstraße 25, Tel. 556189  
SSK - Mülheim  
Düsseldorferstr.74, Tel. 625052  
Porzer Selbsthilfe (Lager Kaiserstr.88)  
Ensener Weg 64-68, Tel.820/12880  
SSK - Bensberg  
Hasselstraße 1, Tel. 02204/68632  
SSK - Waldbröl  
Hermesdorf, Tel. 02291/1308

## Otto-Fischer-Str.2: Leerstehende Wohnung besetzt

Die Innenstadt und die angrenzenden Stadtteile sollen aufgewertet werden. Ob im Severinsviertel, Nippes, Ehrenfeld oder Süß: Abrißbirnen und Modernisierungstrupps beeinflussen das Leben im Viertel. Das Ziel unserer Stadtväter ist, bessere Bevölkerungsschichten in diesen Bereichen anzusiedeln. Skrupellos wird die angestammte, größtenteils arme Bevölkerung mit System in die Wohnghettos wie Chorweiler, Meschenich und Bocklemünd abgeschoben.

Das einfache Volk passt nun mal nicht in's Flair der Weltstadt Köln mit Dom und Ludwig's Museum. !!

Im Bereich Luxemburger Str./Otto-Fischer-Str. haben die städtischen Aufwertungsgeier wieder ein neues Aufwertungsgebiet ausfindig gemacht. Nachdem die Stadt Köln für den geplanten Zubringer der Stadtautobahn bereits riesige Grundstücke und Häuser aufgekauft hatte, verschwand dieser Plan in der Schublade.

Nun soll unter dem Deckmantel des Sozialen Wohnungsbaus und angeblicher Billigmodernisierung der Häuser Otto-Fischer-Str.11 und Luxemburger Str.80 die stadt-eigene Baugesellschaft Grund&Boden die Aufwertungspolitik durchdrücken. In ein paar Jahren, wann erstmalig die Luxemburger Str. verkehrsberuhigt ist, werden sie auch hier ihr Ziel erreicht haben. Denn bis dahin wird das arme Volk auch aus diesem Bereich vertrieben sein! Für diese Menschen bleibt nichts anderes übrig, als der Gang zum Wohnungsamt.

Wohnungsamt: Bürokratie statt Hilfe

Wie das Wohnungsamt mit diesen hilfesuchenden Menschen umgeht, zeigt sich an dem Beispiel der Familie Maya K.: Die Familie war seit 1979 im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins. Außerdem lag dem Wohnungsamt der Stadt Köln ein ärztliches Attest der Frau K. wegen eines Lungenleidens vor. Dieser forderte mit Hinweis auf ihren angegriffenen Gesundheitszustand eine menschengerechte Wohnung. Immer wieder wandte sich die Familie ans Wohnungsamt, um eine ihnen angemessene Wohnung vermittelt zu bekommen. Die Behörden wimmelten sie jedoch nur ab und beließ sie in einer menschenunwürdigen Behausung, in einem 57 qm (2 Zimmer) kleinen, feuchten, schimmeligen und von Ratten befallenen Loch. Im Mai 1982 wandte sie sich in ihrer Verzweiflung hilfesuchend an den SSK. Dieser stellte ihr eine Wohnung in dem besetzten städtischen Haus Niehler Str. 105 zur Verfügung. Im Juni 1983 wurden die in diesem Haus wohnenden Familien überfallartig mit einem kriegsähnlichen Polizeiaufgebot brutal geräumt. Obwohl die Zusage des Wohnungsamtes bestand, das Haus Niehler Str. 105 nicht eher zu räumen, bis die Familien ausgezogen wären, trampelten die Räumungskommandos auf Geheiß der Stadt Köln in die Wohnungen der Familien, zwangen sie, ihr Hab und Gut zusammen zu packen und transportierten die verwirrten und verstörten Bewohner in von der Stadt Köln bereitgestellte Wohnungen ab. Ihre Würde wurde weniger geachtet, als die von Straßenhunden. Ihre Gesundheit, ja selbst ihr Leben ordnete man den sittenwidrigen und rechtswidrigen Zerstörungsabsichten kaltschnüldig unter. Es wurde in Kauf genommen, daß die Bewohner, insbesondere deren Kinder, schwere seelische Schäden davontrugen.

Heute lebt Frau K. abgeschoben am Rande der Stadt, im 3. Stock einer Wohnung der Grund und Boden. Im April 84 wurde sie fristlos gekündigt, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen konnte. Seit dieser Zeit machten wir das Wohnungsamt - Herrn Keßler - auf die aussichtslose und verzweifelte Lage der Familie aufmerksam. In Gesprächen wiesen wir mehrfach darauf hin, daß auch die Alltagslichkeiten wie Besorgungen machen, einkaufen etc., und das 2 Mal wöchentlich notwendige Aufsuchen ihres Lungenarztes, das ständige Treppensteigen im Haus aufgrund ihres Lungenleidens zur Strapaze, ja zur Qual wird. Immer wieder berichtete Frau K. SSK-Mitgliedern gegenüber, daß sich ihr Gesundheitszustand wegen der ständigen Strapazen erheblich verschlechtert hat. Immer häufiger sind in letzter Zeit körperliche Zusammenbrüche aufgetreten.

Seitens des Wohnungsamtes machte Herr Keßler zwar die Zusage, der Familie K. eine Wohnung in der Nähe des SSK am Barbarossaplatz anzubieten, damit Frau K. die ärztliche Ambulanz im SSK in Anspruch nehmen und der SSK sie bei ihren Behörden- und Amtsgängen unterstützen kann, es geschah jedoch nichts. Es fehlte an geeignetem billigen Wohnraum im Bereich der Innenstadt, so hieß es. Vielmehr forderte Herr Keßler den SSK auf, nach einer geeigneten Wohnung Ausschau zu halten. Unseren Vorschlag, sich für die Vermietung der leerstehenden Parterrewohnung in der Otto-Fischer-Str. 2 einzusetzen, wimmelte er mit der fadenscheinigen Begründung ab, das Haus würde von der Grund&Boden vollständig modernisiert und zu diesem Zweck „freigestellt“. Für wen hier modernisiert werden soll, daß kann sich wohl jeder vorstellen. Weil hier wieder arme Leute wegmodernisiert werden sollen, damit die Familie K. und sich in ähnlicher Notlage befindene Familien nicht in irgendwelche Wohnungen abgeschoben werden sollen, haben wir die Parterrewohnung Otto-Fischer-Str. 2 besetzt und mit den Renovierungsarbeiten begonnen. Deshalb fordern wir die sofortige Vermittlung eines Mietvertrages für die Familie K. durch das Wohnungsamt !!!

Diese Aktion haben wir Ende April erfolgreich durchgeführt. Nach 4 stündigen Verhandlungen mit dem Wohnungsamt und der Grubo hatten wir die feste Zusage, das Frau K. und ihre 4 Kinder eine angemessene Wohnung bekommt. Jetzt hat die Familie eine 5 Zimmer Wohnung im 2. Stock mit Aufzug bekommen.



In Köln regiert nur noch

# das dicke Geld

In Porz veräußert die Stadt derzeit drei städtische Häuser, die 1966 aus Steuerergeldern erbaut wurden, für den lächerlichen Spottpreis von 230 000 DM, (das entspricht 760,- DM Erbpacht im Monat) an die NEUE HEIMAT, bzw. ihrer Tochtergesellschaft NWDS. Ihre derzeitigen Bewohner, 40 Obdachlose, räumt sie dafür vorher auf die Straße.

Weil dies aus den verschiedensten Gründen ein rechts- und sittenwidriges Geschäft ist, wird es mit Wissen ALLER Ratsfraktionen und ihrer Mitglieder hinter verschlossenen Türen, insbesondere durch Stadtdirektor Uhlenkük, geschoben und gedreht. Die zahllosen Hinweise der Bewohner auf die damit verbundenen Rechtsverstöße reichen zu diesen Herren 'nicht hinauf'. Es bleibt für die Bürger dieser Stadt also nur zu wünschen übrig, daß die Verwaltung den nachfolgenden Brief eines Hamburger Abgeordneten sowie Mitglied des dortigen Untersuchungsausschusses 'NEUE HEIMAT' entsprechender Weise 'zur Kenntnis' nimmt.

## DIE BEWOHNER

Bernd Vetter  
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft  
Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Neue Heimat"

Rothestr. 6  
2000 Hamburg 50  
Tel.: 39 13 23  
den 03.05.1984 bv/e

An den  
Oberstadtdirektor der Stadt Köln  
Herrn Rossa

Räumung der Häuser Ensener Weg 64-68,  
5000 Köln 90,  
und geplante Anheimgabe an die NWDS in Erbpacht

Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor Rossa,  
in meiner Eigenschaft als Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft und als Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Neue Heimat" hat sich kürzlich eine Bürgerinitiative Ihrer Stadt, die "Selbsthilfe gegen Wohnungsnot Porz e.V." an mich gewandt. Sie berichtete mir, daß ihr nach mehrjähriger Bewohnung und Instandsetzung dreier städtischer Häuser der Obdachlosenhilfe die gewaltsame Räumung drohe. Aus einer mir bekannt gewordenen Verwaltungsvorlage - DS-Nr. 01-101/84 - geht hervor, daß Ihre Kommune beabsichtigt, Teilflächen aus der Gemarkung Ensen, Flur 6, Nummern 73, 145 und 146 - das entspricht 1098 qm Wohnfläche - der NWDS auf 99 Jahre in Erbpacht zu überlassen. Der - mir unverständlich - geringe Erbpachtzins soll DM 9.223,20 jährlich betragen. Dies bedeutet ca. DM 760,- monatlich als Pachtzins für drei Häuser.

Aus dem Punkt "besondere Bedingungen" geht weiterhin hervor, daß die NWDS in Zusammenarbeit mit der Stadt einen möglichst niedrigen Mietpreis anstrebe, gedacht sei an ca. DM 4,- pro qm. Als Zielgruppe kämen Bevölkerungsgruppen, denen nur eine niedrige Mietbelastung zumutbar sei, sowie anerkannte Asylbewerber in Frage.

Als Mitglied des Untersuchungsausschusses "Neue Heimat" und Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft möchte ich Sie dringend auf meines Erachtens gewichtige Probleme im Zusammenhang mit der NWDS hinweisen.

Mit zwielichtigen finanziellen Transaktionen hat sich die "Neue Heimat" Mitte der 70er Jahre in die NWDS eingekauft, die heute ein 100%-iges Tochterunternehmen der "Neue Heimat" ist. Der Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg hat in einem Gutachten vom 01.12.1983 festgestellt, daß von den beteiligten Unternehmen und Behörden in diesem Zusammenhang mehrfach gegen Gesetze, insbesondere solche zur Regelung der Gemeinnützigkeit, verstoßen worden ist. Ich füge zu Ihrer Information den betreffenden Teil des genannten Gutachtens (S. 124 - S. 152) in Kopie bei.

Auch der Untersuchungsausschuß hat sich eingehend mit diesem Komplex befaßt. Ohne den endgültigen Ergebnissen des Untersuchungsausschusses vorgreifen zu wollen, kann ich jedoch jetzt schon sagen, daß der Untersuchungsausschuß mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer noch schärfer konturierten Kritik an dem Verhalten von NWDS, Neue Heimat etc. kommen wird.

Von ganz erheblicher Tragweite für Ihre Überlegungen dürfte die Tatsache sein, daß die NWDS gegenwärtig in Hamburg für Negativschlagzeilen sorgt. Die NWDS beabsichtigt, die bekannte Gartenbausiedlung Honerkamp in Hamburg-Bramfeld in Form von Eigentumswohnungen zu verkaufen. Dadurch sind ca. 3.000 Menschen mit ihrer Vertreibung und dem Verlust ihrer Heimat bedroht. Trotz Interventionen aller Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft, trotz großer Proteste von Mieterinitiativen und Empörung in der Öffentlichkeit betreibt die NWDS diese Pläne weiter. Dies hat dazu geführt, daß der Leiter des Amtes für Wohnungswesen, Herr Dr. Scholz, als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß "Neue Heimat" am 06.03.1984 ausgesagt hat, der NWDS müsse die Gemeinnützigkeit entzogen werden, wenn sie ihren Wohnungsbestand in der Honerkampsiedlung ganz oder zum Teil verkaufen sollte. Der rechtliche Hintergrund ist, daß nach dem gemeinsamen Ländererlaß zur Durchführung des Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetzes vom 09.12.1980 wirtschaftliche oder sonstige sachliche Gründe für die Veräußerung von Mietwohnungen gegeben sein müssen, z.B. Stärkung des Eigenkapitals, Unwirtschaftlichkeit der Verwaltung. Die NWDS ist aber mit einem Stammkapital von 160 Millionen DM bei einem ausgedehnten Wohnungsbestand ausgestattet.

Wir fügen zu Ihrer Information diesbezüglich eine schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Ehlers (Drucksache 11/2167) bei. Daraus geht hervor, daß gegenwärtig bei der Baubehörde Hamburg ein Prüfungsverfahren hinsichtlich der Aberkennung der Gemeinnützigkeit im Hinblick auf die NWDS läuft.

In Fachkreisen in Hamburg gibt es sogar die Vermutung, daß die Aberkennung der Gemeinnützigkeit sogar erwünscht ist. Die "Neue Heimat" möchte sich damit möglicherweise für ihre weitgehenden Sanierungspläne das dringend benötigte Verkaufsorgan schaffen, das von den "Fesseln" der Gemeinnützigkeitsgesetze frei wäre.

Kommt es nun zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit, hätte dies die folgenschwersten Auswirkungen: da sich das Verfahren gegen den Hauptsitz der NWDS richtet, hätte die Aberkennung bundesweite Geltung. Als finanzkräftigste Tochtergesellschaft der "Neue Heimat" mit einem Stammkapital von 160 Mio DM verfügt die NWDS über einen außerordentlich großen Wohnungsbestand. Zahllose Mieter, die bisher durch die Gemeinnützigkeit vor Spekulationen mit ihren Wohnungen geschützt wären, wären betroffen. Die allgemein prekäre wohnungspolitische Lage würde sich unweigerlich verschärfen.

Ich denke, daß die Stadt Köln die geschilderten Sachverhalte wertend in ihre Prüfung einbeziehen sollte, ob sie in der gegenwärtigen Situation mit der NWDS derartige Geschäftsverbindungen eingeht. Zum Schutze einer jeden Stadt und ihrer Bürger kann nur empfohlen werden, zumindest den Ausgang des bei der Hamburger Baubehörde anhängigen Überprüfungsverfahrens abzuwarten.

In diesem Licht müssen auch die Zusagen der NWDS in sozialer Hinsicht betrachtet werden. Es sollten daher die etwaigen Angebote anderer Wohnungsträger gewissenhaft geprüft werden.

Des weiteren halte ich es für förderungs- und wünschenswert, daß Selbsthilfeprojekte gerade im wohnungspolitischen Bereich gefördert werden. Sie bieten auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit Ansatzpunkte zur Lösung der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt. Ich halte deshalb auch gerade eine genaue Überprüfung der Vorschläge und Angebote der Porzener Selbsthilfe für angebracht.

Ich habe der Porzener Selbsthilfe eine Kopie dieses Schreibens zukommen lassen.

Mit freundlichem Gruß

  
Bernd Vetter